

Mörderischer Anschlag auf die Pressefreiheit

Terroristen überfallen Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ in Paris: Zwölf Tote und elf Verletzte / Polizei jagt Täter mit Großaufgebot



Bewaffnete Terroristen auf den Straßen von Paris: Nach Zeugenaussagen sollen die Täter bei ihrer Flucht nach dem mörderischen Überfall „ziemlich gelassen“ gewirkt haben.

FOTO: DPA/ABACA

Es ist der blutigste Anschlag in Frankreich seit Jahrzehnten: Drei schwerbewaffnete Angreifer haben gestern in Paris die Redaktion des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ überfallen und mindestens zwölf Menschen getötet. Elf weitere Menschen wurden verletzt. Präsident François Hollande sprach von einem barbarischen Terroranschlag und ordnete für heute einen nationalen Trauertag an.

Paris. Drei mit Kalaschnikow-Sturmgewehren und einem Granatwerfer bewaffnete Angreifer sind gestern am späten Vormittag in die Zentrale des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ eingedrungen, das für seine provokanten Mohammed-Karikaturen bekannt ist. Sie töteten zwölf Men-

schen und verletzten elf weitere, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Laut Zeugen riefen die Täter „Allahu Akbar“ (Gott ist groß) und verkündeten nach den Todesschüssen: „Wir haben den Propheten gerächt.“

Die Polizei fahndete gestern Abend weiter mit Hochdruck und einem Riesenaufgebot nach den Tätern, die sie nach einer Mitteilung der Zeitung „Le Monde“ inzwischen identifiziert hat. Darunter sollen zwei Brüder aus Paris mit französischer Staatsangehörigkeit sein. Für den Großraum Paris wurde die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen. Staatschef François Hollande wandte sich im Fernsehen an seine schockierte Nation. Er ordnete für heute einen nationalen Trauertag an, überdies sollen die Landesflaggen drei Tage auf

Halbmast gesetzt werden. Hollande rief die Franzosen auf, sich durch den Terror nicht spalten zu lassen: „Unsere beste Waffe ist unsere Einheit.“ Im Laufe des Abends würdigten Zehntausende in ganz Frankreich die getöteten Journalisten. Auch in anderen Ländern gab es Aktionen.

Als Reaktion auf den Anschlag verschärfen Länder wie Italien die Sicherheitsvorkehrungen für Medien. In Deutschland sehen Sicherheitskreise dagegen momentan keine Anzeichen für erhöhte Terrorgefahr. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPG) ist es aber nur eine Frage der Zeit, bis es auch in Deutschland einen terroristischen Anschlag gibt. Angriffe fanatischer Einzeltäter seien nicht zu verhindern, erklärte der DPG-Vorsitzende Rainer Wendt.

Der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ hat weltweit für Entsetzen und Empörung gesorgt. Politiker und Vertreter aus Kultur und Medien verurteilten die Tat als Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schickte ein Kondolenztelegramm an den französischen Staatspräsidenten Hollande. Sie schrieb darin von einem niederträchtigen Anschlag und drückte ihr persönliches Mitgefühl und Beileid sowie das der Menschen in Deutschland aus. Auch Bundespräsident Joachim Gauck sprach Hollande seine Anteilnahme aus. US-Präsident Barack Obama verurteilte den Anschlag ebenfalls scharf. Papst Franziskus fand entschiedene Worte gegen das „grausame Attentat“: „Was auch immer der Grund ist, tödli-

che Gewalt ist abscheulich und niemals zu rechtfertigen“, sagte Franziskus nach einer Mitteilung des Vatikans. Auch islamische Staaten wie Katar, Muslimverbände, die EU und die NATO verurteilten die Tat.

Die Redaktion des deutschen Satiremagazins „Titanic“ will sich von dem tödlichen Anschlag nicht in ihrer Arbeit einschränken lassen. Für religiöse und alle anderen Themen würden die gleichen Regeln gelten, sagte Chefredakteur Tim Wolff gestern dem „Wiesbadener Kurier“. „Wenn ein Thema für uns wichtig ist und wir die Witze lustig finden, drucken wir das.“ Mit einem derartigen Anschlag werde das Thema noch relevanter für Satiriker: „Das zieht ja noch mehr Spott nach sich.“ **Kommentar Seite 2/Thema Seite 3**

Kulturhauptstadt trotz Pegida?

Dresden will sich um europäische Auszeichnung für 2025 bewerben

Dresden. Das mit Pegida in die Schlagzeilen geratene Dresden will Europäische Kulturhauptstadt 2025 werden. „Das ist nicht unsere Stadt, was da montags passiert“, sagte Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) gestern zu den Demonstrationen des Anti-Islam-Bündnisses. Die Bürgerschaft solle über die Bewerbung diskutieren. Die seit Langem geplante Initiative solle ein zusätzliches Signal des Aufrüttelns sein.

„Wir werden es nicht zulassen, dass diese Art von Argumentation nur ansatzweise die Kultur von Dresden stört“, er-

klärte Orosz. Es gelte, deutlich zu machen, „dass wir ein ganz anderes Verständnis haben“. Was auch gemeinsam mit Menschen anderer Nationalität gewachsen sei, dürfe nicht schlechtgeredet werden.

Die selbst ernannten „Patriotischen Europäer“ gegen die Islamisierung des Abendlandes“ bringen inzwischen wöchentlich Tausende auf die Straße – gegen eine angebliche Überfremdung und für eine Verschärfung des Asylrechts. Zuletzt hatten auch internationale Medien groß und teils kritisch über das „Phänomen Pegida“ berichtet. **Kommentar Seite 2**

Wetter hilft dem Arbeitsmarkt

Niedrigste Erwerbslosenzahl seit der Wiedervereinigung

Nürnberg-Bremen. Die leichte Konjunkturerholung und das über weite Strecken milde Winterwetter hat Deutschland zum Jahresende 2014 die niedrigste Dezember-Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung beschert. Mit 2,764 Millionen habe die Erwerbslosenzahl selbst den bisher niedrigsten Dezemberstand vom Jahr 1991 unterschritten, berichtete der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, gestern in Nürnberg.

Zwar habe die Zahl der Erwerbslosen im Dezember jahreszeitlich bedingt um 47 000 zugelegt. „Der Anstieg fiel aber dieses Mal geringer aus als in den letzten Jahren“, hob Weise hervor. Zudem seien am Jahresende rund 110 000 Männer und Frauen weniger bei Arbeitsagenturen und Jobcentern registriert gewesen als im Dezember 2013. Die Arbeitslosenquote stieg von November auf Dezember um 0,1 Punkte auf 6,4 Prozent.

Beim Blick auf das Gesamtjahr 2014 schlägt der deutsche Arbeitsmarkt alle Rekorde: Mit durchschnittlich 2,892 Millionen rutschte die Zahl der Erwerbslosen auf einen neuen Tiefstand – und konnte selbst die bisherige Bestmarke vom Jahr 1991 unterschreiten, wie die BA berichtete.

Weises Prognose für 2015 fällt trotz verbesserter Konjunkturaussichten allerdings verhalten aus. Er gehe bei den Erwerbslosen im Schnitt lediglich von einem Rückgang um 20 000 auf 2,88 Millionen aus, erläuterte der BA-Manager.

Im Bundesland Bremen stieg die Dezember-Arbeitslosenzahl leicht auf 36 171. Im

Arbeitslosenquoten		
Angaben in Prozent, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen		
	Dezember	November
Stadt Bremen	9,9%	9,9%
Stadt Bremerhaven	13,9%	13,9%
Stadt Delmenhorst	10,5%	10,5%
Landkreis Cuxhaven	6,1%	5,8%
Landkreis Diepholz	4,3%	4,2%
Landkreis Oldenburg	4,3%	4,2%
Landkreis Osterholz	4,1%	4,2%
Landkreis Rotenburg	4,2%	4,1%
Landkreis Verden	5,1%	5,0%
Landkreis Wesermarsch	7,2%	7,0%
Bundesgebiet gesamt	6,4%	6,3%

QUELLE: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT © WESER-KURIER

Vergleich zum November war das ein Anstieg von 136 Menschen oder 0,4 Prozent. Die Quote stieg von 10,5 Prozent auf 10,6 Prozent und lag damit auf dem Niveau vom Dezember 2013. In Niedersachsen wurden im letzten Monats des Jahres 256 211 Arbeitslose registriert, was im Vergleich zum November einen Anstieg von knapp zwei Prozent bedeutet. Die Quote stieg von 6,1 Prozent auf 6,2 Prozent. **Bericht Seite 9**

Im Euroraum sinken die Preise

Druck auf Währungshüter wächst

Luxemburg. Die Verbraucherpreise im Euroraum sind erstmals seit dem Krisenjahr 2009 wieder gesunken. Vor allem der dramatische Absturz der Ölpreise drückte die jährliche Inflationsrate im Dezember auf minus 0,2 Prozent, wie die Statistikbehörde Eurostat gestern berichtete. Im Vormonat lag die Teuerung noch bei 0,3 Prozent. Im Oktober 2009 hatte die Teuerungsraten in der Eurozone minus 0,1 Prozent betragen. Seitdem lag sie stets im positiven Bereich. In Deutschland gab es noch keinen Preisrückgang. Die Inflationsrate lag im Dezember bei 0,2 Prozent. Dies war der niedrigste Stand seit fünf Jahren.

Der Rückgang im Euroraum im Dezember nährt Sorgen vor einer Deflation, die auch die Wirtschaft insgesamt in Mitleidenschaft ziehen könnte. Um von einer Deflation zu sprechen, reicht ein Preisrückgang von einem Monat auf den anderen nicht aus. Dazu muss sich die Inflationsrate für längere Zeit klar ins Negative umkehren. Bereits die niedrigen Inflationsraten der vergangenen Monate wurden von der europäischen Politik und insbesondere von der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Sorge beobachtet. Schon dies kann dazu führen, dass Verbraucher in der Hoffnung auf noch weiter sinkende Preise Anschaffungen zurückstellen. Wirtschafts- und Finanzexperten forderten angesichts der neuen Zahlen ein Eingreifen der EZB, um einen länger anhaltenden Preisverfall zu verhindern.

Neuland setzt auf schärfere Kontrollen

Berlin. Nach einem Skandal um falsch gekennzeichnetes Fleisch will der Neuland-Verein mit strengeren Kontrollen und einer personellen Neuaufstellung Konsequenzen ziehen. Neuland kündigte gestern in Berlin an, dass es bei Mitgliedsbetrieben künftig mindestens einmal pro Jahr unangemeldete Kontrollen geben werde. Zudem soll der Warenfluss stärker überwacht werden. Es habe schwere Betrugsfälle gegeben, sagte der scheidende Geschäftsführer des Vereins, Jochen Dettmer. So gab es einen Fall in Niedersachsen, wo ein Landwirt jahrelang Mastvögel aus Massentierhaltung als teures Neuland-Geflügel verkauft haben soll. **Bericht Seite 12**

E-Scooter in Bussen und Bahnen verboten

Bremen (fis). Für viele ältere Menschen und Behinderte, die sogenannte Elektromobile – Rollstühle mit Lenker – zur Fortbewegung nutzen, fallen Busse und Straßenbahnen seit 1. Januar als Transportmittel weg. Der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen folgt damit Empfehlungen eines Gutachters, das den Transport als gefährlich einstuft. Es gehe um die Betriebssicherheit. Die 79-jährige Bremerin Meta Finke, die zu den Betroffenen gehört, kann den Argumenten ebenso wenig folgen wie die Seniorenvertretung Bremen. Die unterschiedliche Behandlung von Rollstuhlfahrern und Elektromobil-Nutzern will ihnen nicht einleuchten. **Bericht Seite 7**

INHALT	
Familienanzeigen	17, 23
Fernsehen	24
Lesermeinung	15
Rätsel & Roman	22
Tipps & Termine	10
Verbraucher	16

H 7166 • 28189 BREMEN



STANDPUNKTE

Seehofer geht auch als CSU-Chef

Kreuth. CSU-Chef Horst Seehofer hat klargestellt, dass er seinen Abtritt als bayerischer Ministerpräsident 2018 auch mit der Aufgabe des Parteivorsitzes verbindet. „Ich trenne da nicht zwischen beiden Funktionen, damit da nicht wieder ein neues Gerücht aufkommt“, sagte Seehofer gestern vor der Klausur der CSU-Bundestagsabgeordneten. Er ließ aber offen, wann genau er den Parteivorsitz abgeben will. **Seite 2**

DER NORDEN

FDP liefert Wahlkampfthemen

Hamburg. Nach einer ersten Plakatkampagne allein mit ihrer Spitzenkandidatin Katja Suding (39) unter dem Motto „Unser Mann für Hamburg“ bringt die Hamburger FDP jetzt auch Inhalte in den Wahlkampf ein. Als Top-Themen präsentierte Suding gestern die Bildungs-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. Unter anderem forderte sie „eine Willkommenskultur für Gründer und Start-ups“. **Seiten 2 und 12**

GLÜCKSZAHLEN	
6 aus 49:	10 17 41 42 43 46
Spiel 77:	7 4 5 3 6 9 0 Superzahl: 3
Super 6:	★ 8 2 5 4 9 0 (ohne Gewähr)

SPORT

Caldirola Frustr und Frist

Belek. Für Werder-Profi Luca Caldirola, im Vorjahr als Innenverteidiger eine feste Größe, war es bisher eine Saison zum Abkicken. Der Italiener verlor seinen Stammplatz und bekam kaum noch Einsatzzeiten. Inzwischen schließt Caldirola auch einen vorzeitigen Abschied aus Bremen nicht mehr aus. Ändert sich seine Situation bis Saisonende im Sommer nicht, will er das Gespräch mit Manager und Trainer suchen. **Seite 19**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
8°	4°	100%

Verbreitet längere Zeit Regen
Ein Tief über Skandinavien bestimmt in weiten Bereichen Mitteleuropas das Wetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell